

CDUinform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis

06 **Internationale Herausforderungen**
Interview mit Dr. Norbert Röttgen

08 **Unser Land gehört an die Spitze**
Interview mit Armin Laschet



Sanierungsfall NRW
Grunderneuerung statt Pfusch am Bau

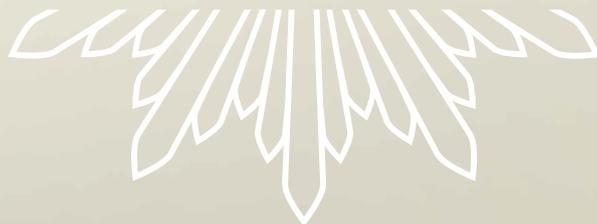
Wie die CDU die Trendwende schafft

*Unsere Polizei ist da,
damit wir uns sicher fühlen.*



*Respekt & Anerkennung
für unsere*

POLIZEI



Eine Initiative der



CDU



Demokratie geht nur mit Demokraten!

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

wann waren Sie zum letzten Mal an einem Sonntag am Kölner Dom? Es lohnt sich. Vom Roncalli-Platz zwischen Dom-Hotel, Römisch-Germanischen Museum und der ehemaligen Buchhandlung Kösel hat man einen fantastischen Blick auf den Dom. Aber nicht allein wegen des Blicks lohnt der Weg in die Domstadt.

Dort, an einem der schönsten Orte des Rheinlands, trifft man sich jeden Sonntag von 14 bis 15 Uhr, um gemeinsam für Europa und gegen Populismus zu demonstrieren. Seit dem Start Anfang Februar mit 200 Teilnehmern kommen jeden Sonntag mehr. Zuletzt vor Ostern waren es 4.000. Bereits in 68 deutschen Städten und in 12 europäischen Ländern gehen die Menschen am Sonntagmittag eine Stunde lang für Europa auf die Straße. Die Organisatoren sprechen von mehr als 48.000 Teilnehmern. „Pulse of Europe“ heißt die parteiunabhängige, aber nicht parteifeindliche Bewegung. Sie will ein Zeichen der Bürger für den Erhalt eines demokratischen und rechtsstaatlichen, vereinten Europas setzen. Menschen, die die

aktuellen (welt)politischen Entwicklungen mit Sorge betrachten, haben sich vorgenommen nicht zu resignieren, sondern diese zu beeinflussen.

Endlich, spät, aber noch nicht zu spät, meldet sich die Mitte der Gesellschaft zu Wort. Nicht gegen etwas, sondern „für Europa und für Demokratie.“ Allzu lange hatten sich die Bürgerlichen bequem in die eigenen vier Wände zurückgezogen. Die anderen würden es schon richten. Bis man merkte, dass jeder der Andere sein kann und sein muss.

Nicht nur in Großbritannien hatten die Menschen den Einfluss der Populisten mit den einfachen Antworten unterschätzt. Durch Nachplappern gräbt man anderen nie das Wasser ab, sondern im Gegenteil man stärkt diese.

Seit der Brexit-Abstimmung ist es den Wählern in Österreich und in den Niederlanden bereits zweimal gelungen, den Angriff auf Europa zu stoppen. Mit der französischen Präsidentschaftswahl steht die nächste Bewährungsprobe auf der Agenda.

Und dann Nordrhein-Westfalen – unser Bundesland ist immerhin größer als 21 der 28 EU-Staaten. Bei uns geht es sicher nicht um die Existenz Europas, sondern darum, unser Bundesland endlich von den letzten Plätzen wieder nach vorne zu bringen. Aber eine hohe Wahlbeteiligung und der Stopp des Höhenflugs der AfD wären weit über Nordrhein-Westfalen wirkende Zeichen: „Uns ist die Zukunft unseres Landes nicht gleichgültig.“

Demokratie geht nur mit Demokraten. Vielleicht treffen wir uns ja auch einmal sonntags am Kölner Dom – mindestens aber beim Wählen bis zum 14. Mai.

Herzliche Grüße

Ihr

Rainer Deppe



Rainer Deppe
Kreisvorsitzender der CDU
und Landtagsabgeordneter im
Rheinisch-Bergisch Kreis

Impressum

Herausgeber: Christlich Demokratische Union (CDU) Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach
T (02202) 93695-0 | F (02202) 93695-22
redaktion@cduinform.de
www.cduinform.de und www.cdurbk.de

Redaktion: Thomas Frank (tf/V.i.S.d.P.)
Uwe Pakendorf (up/Redaktionsleitung)

Weitere Autoren: Wolfgang Bosbach, Rainer Deppe (rd), Diego Faßnacht (df), Birgit Fort (bf), Holger Müller (hm), Herbert Reul (hr), Maurice Winter (mw)

Fotos: CDU RBK (S. 5 oben, S. 7, S. 8, S. 16 mitte, S. 19 oben), Manfred Esser (S. 5 Kasten, S. 14, S. 15, S. 16, S. 18 Kästen), iStock (S. 4, S. 6, S. 10-13, S. 16, S. 17, S. 18 oben, S. 22), EVP-Fraktion (S. 17), JU (S. 19 unten), Kasten S. 19 (CDU Kürten, FU Rhein-Berg, CDA Rhein-Berg), Pinnwand S. 20 (SU Wermelskirchen, CDU Ortsverband Gronau/Heidkamp, CDA Wermelskirchen, SU RBK, SU Bergisch Gladbach, Robert Scheuermeyer, MIT Rhein-Berg)

Satz/Layout: Anke Meschede

Titelbild: Bildmontage, Fotos von istock

Druck/Versand: Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

Anzeigen: Thomas Frank (Ltg.)

Auflage: 7.500 Exemplare

Nächster Redaktions- und Anzeigenschluss: 15. Juni 2017

Bezugspreis: ist im Mitgliedsbeitrag enthalten (Einzelpreis 0,80 € inkl. MwSt.)

ISSN: 2193-3960 (Print)

Die CDU in sozialen Netzwerken:

 /cdurbk  @cdurbk  /cdurbk

Inhalt

Kolumne**03 Demokratie geht nur mit Demokraten!**

Rainer Deppe

News und Namen**05 Tebroke ist CDU-Bundestagskandidat**

Rekordkulisse bei Kreismitgliederversammlung

05 Christen und Politik müssen Haltung zeigen

Kreisdechant Hörter zu Gast bei der CDU

05 Kurz gesagt

Lennart Höring, Uwe Pakendorf, Stephan Santelmann

Interview**06 Internationale Herausforderungen**

Im Gespräch mit Dr. Norbert Röttgen

07 Norbert Röttgen in Burscheid

Außenpolitiker sieht Europa in der Pflicht

**Titelthema:
Landtagswahl****08 Unser Land gehört an die Spitze**

Im Gespräch mit Armin Laschet

10 NRW geht vor!

Wahlprogramm der CDU-NRW

12 Klartext für und mit Bergisch Gladbach und Rösrath

Kandidatenportrait Holger Müller

13 Für Land und Leute

Kandidatenportrait Rainer Deppe

Parlamente**14 Kein Wahlrecht für alle!**

Holger Müller

15 Wolfgang Bosbach soll NRW-Regierungskommission zur Inneren Sicherheit leiten

Rainer Deppe

15 Brexit Position steht fest!

Herbert Reul

Kreistag**18 ÖPNV im Rheinisch-Bergischen Kreis**

Verbesserungen der Struktur und Qualität

18 Berufskolleg Wermelskirchen

Zukunft langfristig gesichert durch historische Entscheidung

Union News**19 Bester Kreisverband bei der Mitgliederwerbung**

Erfolgreicher Landesparteitag in Münster

19 Diego Faßnacht beim Deutschlandrat in Oldenburg

Junge Union

19 Neue Vorstände

Vorstandswahlen im 1. Quartal 2017

20 CDU-Pinnwand

Ausflüge und Veranstaltungen der Ortverbände und Vereinigungen

21 Positionspapier „Digitales Leichlingen“

CDU Leichlingen

21 Kurz gesagt

• Hexentour durch Köln
• Kinderehe

22 Termine

von Mai bis Juni 2017

Treffpunkt im Herzen der Stadt

Bürgerhaus
Bergischer Löwe

Schauspiel & Komödie
Operette & Konzert
Kindertheater & Musicals
Märkte & Messen
Seminare & Tagungen

Vorverkaufsstelle für KölnTicket
Theaterkasse Bergischer Löwe

Öffnungszeiten: Di. - Fr. 10-18 Uhr | Sa. 10-13 Uhr

Tel: 02202 / 38 999 · Fax: 02202 / 294 655

theaterkasse@bergischerloewe.de

www.bergischerloewe.de



PEFC zertifiziert

Das verwendete Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.

www.pefc.de





Tebroke ist CDU-Bundestagskandidat Rekordkulisse bei Kreismitgliederversammlung

Dr. Hermann-Josef Tebroke wird sich bei der Bundestagswahl im Jahr 2017 als CDU-Kandidat um die Nachfolge von Wolfgang Bosbach im Wahlkreis Rheinisch-Bergischer Kreis bewerben. Am 4. November setzte er sich in einer Stichwahl vor einer Rekordkulisse von 733 stimmberechtigten Mitgliedern im Bürgerhaus Bergischer Löwe gegen

Christian Buchen mit 332 zu 275 Stimmen durch. Zuvor waren in einem ersten Wahlgang Doro Dietsch mit 44 Stimmen und Hubertus Prinz zu Sayn-Wittgenstein mit 114 Stimmen den beiden Erstplatzierten Tebroke mit 332 Stimmen und Buchen mit 218 Stimmen unterlegen und aus dem Rennen ausgeschieden. [tf]

Kreisdechant Hörter zu Gast bei der CDU

Christen und Politik müssen Haltung zeigen

In der jüngsten Sitzung des erweiterten Kreisvorstands (6.3.2017) konnte der Kreisvorsitzende Rainer Deppe den Kreisdechanten für den Rheinisch-Bergischen Kreis, Pfarrer Norbert Hörter, zum Gespräch mit den Mitgliedern des CDU-Führungsgremiums begrüßen. In seinem Impulsreferat zum Thema „Christen in Kirche, Politik und Gesellschaft“ stellte Hörter verschiedene Thesen auf, die als Grundlage für das anschließende Gespräch in großer Runde dienen.

Hörter betonte u.a., dass Christen das, was ihnen wichtig sei, in die Gesellschaft hineinbringen müssten, ohne andere dabei auszugrenzen. Sowohl Christen als auch die Politik wären in der Pflicht, Haltung zu zeigen. Gerade in Zeiten einer immer komplexer erscheinenden Welt, sei es unerlässlich, die Menschen mitzunehmen und nicht

denen zu überlassen, die vorgeben, die Probleme unserer Welt mit scheinbar einfachen Antworten lösen zu können. Hörter ermunterte die Christdemokraten, mutig zu sein und den eigenen Glauben zu leben. Abschließend wurde angeregt, den Dialog zwischen den Kirchen und der CDU nicht nur auf der Kreisebene, sondern auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden im Kreisgebiet zu suchen bzw. fortzuführen.

In seinem Dank betonte Rainer Deppe die traditionell engen Verbindungen zu den Kirchen. „Wir wollen auch in der Politik als Menschen, die auf dem Fundament christlicher Grundüberzeugungen stehen, deutlich erkennbar sein. Das kann auch schon mal unbequem sein. Aber das Christentum prägt unsere Gesellschaft im Westen und das tut ihr auch im Jahr 2017 gut.“ [tf]

KURZ GESAGT

Lennart Höring Geschäftsführer der CDU Rhein-Erft

Unser langjähriges Kreisvorstandsmitglied und Gestalter der CDUinform, Lennart Höring, ist seit Sommer letzten Jahres neuer Kreisgeschäftsführer der CDU im Rhein-Erft-Kreis. Er wird beim Kreisparteitag am 5. Mai nicht mehr für den Kreisvorstand kandidieren, bleibt der CDU aber als Ratmitglied in Bergisch Gladbach erhalten. Vielen Dank, lieber Lennart, für all Deinen Einsatz in den vergangenen Jahren und alles Gute an der neuen Wirkungsstätte! [tf]

Uwe Pakendorf Geschäftsführer beim Rheinischen Schützenbund

Unser stellvertretender Kreisvorsitzender und Redaktionsleiter der CDUinform, Uwe Pakendorf, ist seit Sommer letzten Jahres neuer Geschäftsführer des Rheinischen Schützenbundes in Leichlingen, dem Dachverband der Sportschützen im Rheinland. Die Zahl der Mitgliedsvereine liegt derzeit bei ca. 1.040 mit fast 75.000 Mitgliedern. [tf]



Stephan Santelmann als CDU-Landratskandidat nominiert

Der erweiterte Kreisvorstand der Kreis-CDU hat in seiner Sitzung am 21. März Stephan Santelmann einstimmig als Kandidaten für die Landratswahl am 24. September 2017 nominiert. Stephan Santelmann ist 51 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Söhnen und seit 2003 Leiter des Kölner Amtes für Soziales und Senioren (derzeit rund 800 Beschäftigte). Die Aufstellungsversammlung zur Landratswahl findet am 26. April in Wermelskirchen statt. CDUinform berichtet hierüber in der nächsten Ausgabe. [tf]



Internationale Herausforderungen

Im Gespräch mit Dr. Norbert Röttgen

Die Welt ist unübersichtlich geworden. Einfache Antworten sind in der Außenpolitik kaum zu finden. Dr. Norbert Röttgen fordert als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses ein koordiniertes europäisches Vorgehen und eine engagierte deutsche Rolle bei der Bewältigung der aktuellen Krisen. Grund genug für die CDUinform mit Dr. Norbert Röttgen zu sprechen.

Es scheint so, als würden uns die großen internationalen Krisen der letzten Jahre in gewisser Art und Weise unvorbereitet treffen. Der Arabische Frühling hat Wendungen genommen, die Staaten wie Syrien und Libyen ins Chaos gestürzt haben. Auch Russland spielt bei den Konflikten in der Ukraine eine zuvor unvorhergesehene Rolle, um nur zwei Beispiele zu nennen. Welche Ursachen sehen Sie für diese Entwicklungen?

Die europäische Außenpolitik hat lange reaktiv agiert. Ich rege an, dass wir unsere Politik vorausschauender und analytischer ausrichten, damit wir in der Zukunft von Krisen nicht mehr so überrumpelt werden. Das bedeutet im Falle einer Krise oder eines Konflikts dann auch, dass wir fundiertes Wissen über die Situation vor Ort haben und uns somit besser einbringen

können. Aufgrund der hohen Frequenz an und der Gleichzeitigkeit von Krisen brauchen wir mehr Expertise im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik und natürlich auch Fachwissen über die betroffenen Regionen.

Wie sollte eine europäische und deutsche Antwort aussehen?

Wichtig ist, dass Europa mit einer Stimme spricht und sich nicht auseinanderdividieren lässt. Um mit einer einheitlichen Stimme in der Welt vertreten zu sein, muss die EU aber auch innerhalb ihrer Grenzen handlungsfähig sein. Das heißt, dass wir zum Beispiel über neue Formate wie ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten nachdenken. Im Konkreten hat Deutschland den großen Vorteil, dass wir mit vielen beteiligten Ak-

teuren im Gespräch sind. Unser diplomatisches Gewicht und unsere Verhandlungsfähigkeiten, die sich zum Beispiel in der Ukraine-Krise bei den Verhandlungen mit Russland bewiesen haben, werden weltweit geschätzt. Darüber hinaus hat Deutschland Expertise im Bereich der Friedenskonsolidierung, die wir nach der Befriedigung von Konflikten, wie zum Beispiel gerade in Kolumbien nach Abschluss des Friedensvertrags zwischen Regierung und Guerilla, gut einbringen können.

US-Präsident Donald Trump fordert Europa offen heraus, indem er eine größere militärische Verantwortung Europas einfordert mit entsprechenden Investitionen in die militärische Infrastruktur. Sollten wir diese Herausforderung annehmen?

Die von Präsident Trump geäußerten Forderungen sind nicht neu. Schon beim NATO-Gipfel 2014 haben sich alle NATO-Mitgliedstaaten zu einem 2%-Ziel für Militärausgaben bekannt. Ich bin der Meinung, dass wir außen- und sicherheitspolitische Ausgaben größer fassen sollten: Statt 2% des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, sollten wir ein 3%-Ziel anstreben. Diese 3% würden dann Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Diplomatie beinhalten. So ein Ziel würde die ganze Bandbreite an uns zur Verfügung stehenden außen- und sicherheitspolitischen Instrumenten widerspiegeln.

Die transatlantischen Beziehungen stehen mit dem neuen US-Präsidenten scheinbar an einem Scheideweg. Sind die liberalen demokratischen Werte der USA in Gefahr und welchen Weg muss die deutsche Außenpolitik einschlagen?

Der Stil Donald Trumps unterscheidet sich von dem, was wir Europäer bisher von amerikanischen Präsidenten erwarten konnten. Die liberalen demokratischen Werte der USA bestehen allerdings weiter, auch wenn sie durch seine Rhetorik manchmal in Frage gestellt werden. Das Checks-and-Balance System der USA, also die Gewaltenteilung, funktioniert im Übrigen auch weiterhin, wie durch die gerichtliche Aufhebung der zwei Einwanderungsdekrete deutlich wurde. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen laufen auf Arbeitsebene weiterhin gut. Für uns bedeutet die Rhetorik des US-Präsidenten aber auch Ungewissheit. Diese Ungewissheit fordert uns Europäer dazu auf, mehr als zuvor für die liberale internationale Ordnung einzustehen.

Auch von der Regierung Erdogan werden Deutschland und Europa herausgefordert. Welche Antworten sind auf die aktuellen Provokationen und Nazi-Vergleiche zu geben?

Wir dürfen uns nicht so einfach aus der Fassung bringen lassen und auf diese Provokationen eingehen, denn sie entbehren jeglicher Grundlage.



Dr. Norbert Röttgen (51) ist seit 2014 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Von 2005 bis 2009 war Röttgen Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Danach war der promovierte Jurist bis 2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Wird Europa die anstehenden Herausforderungen auch unter dem Hintergrund des nun konkreten Brexit meistern?

Ich bedaure die Entscheidung der britischen Wähler, aus der Europäischen Union auszutreten, sehr. Dennoch können wir diese Herausforderung als Chance ergreifen, eine starke Partnerschaft mit Großbritannien

aufzubauen, die uns für die vielen Herausforderungen in Wirtschafts- und Sicherheitsfragen wappnet. Für die Europäische Union ist der Brexit ein Warnruf, der meiner Meinung nach diesmal gehört wurde. Es wird nicht mehr nur in den alten Strukturen gedacht, sondern neue Formen der Integration wie zum Beispiel das Europa verschiedener Geschwindigkeiten werden diskutiert. Europa darf sich nicht zurücklehnen, aber wenn es jetzt den Bürgern wirklich beweist, dass es handlungsfähig ist und Antworten auf die vielen dringenden – manchmal existentiellen – Fragen unserer Zeit hat, dann werden wir die anstehenden Herausforderungen meistern.

Herzlichen Dank für diesen erhellenden Querschnitt durch die aktuelle Außenpolitik!

Das Gespräch führte Uwe Pakendorf



v. l. n. r.: Herbert Reul, Hermann-Josef Tebroke, Erika Gewehr, Norbert Röttgen, Rainer Deppe

Norbert Röttgen zu Gast in Burscheid: Außenpolitiker sieht Europa in der Pflicht

Am 6. April konnte Rainer Deppe den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Röttgen, in der Aula der Friedrich-Goetze-Hauptschule in Burscheid begrüßen. Neben der Burscheider Parteivorsitzenden Erika Gewehr nahmen auch Dr. Hermann-Josef Tebroke und Herbert Reul teil. Röttgen beschrieb eindrucksvoll die gegenwärtige geopolitische Lage und ging auf die verschiedenen Krisenherde auf der Welt ein. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sei eigentlich jetzt die Stunde Europas gekommen. Nur leider sei Europa momentan in einer so schlechten Verfassung wie noch nie. „Die Krankheiten sind Nationalismus und Staatsegoismus der Mitgliedsstaaten.“, so Röttgen. Es sei nach 60 Jahren an der Zeit, mehr für die eigene Sicherheit und Handlungsfähigkeit zu tun. Die hochinteressante Veranstaltung endete nach mehreren Fragerunden der beeindruckten Teilnehmer. [tf]

„Unser Land gehört an die Spitze“

Im Gespräch mit Armin Laschet



Am 14. Mai ist Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Es sind nur noch wenige Tage bis zur Wahl und der politische Schlagabtausch im Landtagswahlkampf steigert sich wöchentlich. Grund genug für die CDU-inform bei dem Spitzenkandidaten sowie Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Landes-CDU, Armin Laschet, nachzufragen.

Nullwachstum, Schlusslicht in der Bildung, kilometerlange Staus – und das schon seit vielen Jahren. Kann man als Nordrhein-Westfale noch zufrieden sein mit dem Zustand seines Bundeslandes?

Wir dürfen mit dem Zustand Nordrhein-Westfalens nicht zufrieden sein. Unser Land war einmal Vorreiter und Motor der gesamten Republik. Zwischen Rhein und Ruhr wurde der Takt angegeben. Und wir haben das Potenzial, wieder an die Spitze der deutschen Länder zurückzukehren. Doch die derzeitige Landesregierung hat nicht mal den Anspruch, Nordrhein-Westfalen zurück an die Spitze zu bringen.

Die CDU möchte für neues Wirtschaftswachstum sorgen. Und Nordrhein-Westfalen auch hier wieder an die Spitze führen. Wie kann das gelingen?

Unser Mittelstand, das Handwerk und die Industrie werden von der rot-grünen Landesregierung ausgebremst. Deshalb hängt die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen seit Langem der Entwicklung im Rest der Republik hinterher. Freiheit

statt Überregulierung, Investitionen statt Restriktionen, Vorfahrt für Arbeit statt Klientel-Politik für Öko-Verbände: so sieht unsere Agenda für mehr Wachstum aus. Eine solche Politik schafft auch die Voraussetzungen für neue und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

Landesentwicklungsplan, Landesnaturschutzgesetz, Landeswassergesetz, braucht

es nicht auch eine Abkehr von einer entwicklungsfeindlichen Politik à la Rammel und Co? Unbedingt. Die Politik der Bevormundung, Regulierung und Kontrolle, wie sie vor allem von Umweltminister Rammel betrieben wird, schadet der Entwicklung unseres Landes, vor allem dem ländlichen Raum. Damit muss Schluss sein. Wir sind der festen Überzeugung, dass vor Ort am besten entschieden werden kann, wo Entwicklung gut und sinnvoll ist. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen Politik gestalten und nicht gegen sie, wie es bei Herrn Rammel oftmals der Fall ist.

Bietet unser Land unserer Wirtschaft in NRW bei Zukunftsthemen wie der Industrie 4.0 die richtigen Rahmenbedingungen?

Wir haben noch immer eine starke Industrie. Gerade im ländlichen Raum sitzen viele Mittelständler, die in ihrem Bereich Weltmarktführer sind. Diese Unternehmen müssen auf Industrie 4.0 umrüsten, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein und ihre Arbeitsplätze zu sichern. Aber dazu brauchen sie Zugang zum schnellen Internet. Doch im

„Unser Weg zu mehr Wachstum: Freiheit statt Überregulierung, Investitionen statt Restriktionen, Vorfahrt für Arbeit statt Klientel-Politik für Öko-Verbände.“

ländlichen Raum gibt es vielerorts weiterhin keinen Breitbandanschluss. Die Landesregierung hat den Ausbau verschlafen.

Die soziale Umverteilungspolitik rückt seit den Äußerungen des SPD-Kanzlerkandidaten mit einem Schlag wieder in den Fokus der politischen Schwerpunktthemen. Das Institut der deutschen Wirtschaft belegt hingegen, dass die Mittelschicht in Deutschland über die Krisen des vergangenen Jahrzehnts bis heute stabil geblieben ist. Brauchen wir mehr Sozialleistungen und eine Rückführung der Hartz-IV-Gesetzgebung?

Sozial ist, was Arbeit schafft. Das beste Mittel gegen Armut ist Arbeit, das sagen alle Experten. Die niedrige Arbeitslosigkeit in Deutschland verdanken wir auch der Agenda 2010. Deshalb wäre es falsch, sie nun zurückzudrehen. Viel wichtiger ist die immer noch hohe Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die Betreuungsquote in Nordrhein-Westfalen ist die niedrigste in ganz Deutschland. Viele Eltern suchen händeringend nach einem Betreuungsplatz für ihre Kinder. Die SPD verspricht nun Beitragsfreiheit. Ist das die richtige Prioritätensetzung?

Nein. Ich bin überzeugt, dass Eltern die Qualität der Betreuung am wichtigsten ist. Sie wollen kleine Gruppen und eine gute Bezahlung für die Erzieherinnen. Doch das gesamte Kindergarten-System steht vor dem Kollaps, weil sich zu wenig Geld im System befindet. Träger ziehen sich zurück, die Kirchen schaffen es oft nicht mehr. So hat die Arbeiterwohlfahrt im Oberbergischen Kreis die Trägerschaft von sieben Kitas abgegeben. Auf Dauer ist Beitragsfreiheit in allen Bildungswegen auch unser Ziel, aber Priorität hat für uns erst einmal, frühe Bildung zu verbessern.

Die marode Verkehrsinfrastruktur bremst in NRW die wirtschaftliche Entwicklung massiv aus. Pendler stehen im Stau, Busse und Bahnen sind in den Ballungsregionen absolut überfüllt und von just-in-time-Produktion kann unsere Industrie nur träumen. Wie schaffen wir den Weg aus der Sackgasse?

Die Bundesregierung stellt Infrastrukturmittel in Milliardenhöhe bereit und vergibt sie prioritär dorthin, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Doch um die Mittel abrufen und verbauen zu können, braucht man baureife Pläne. Bayern hat stets Pläne in Milliardenhöhe in der Schublade. NRW schafft es hingegen nicht, die Planungen voranzutreiben. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass stets alle Mittel auch verbaut werden können. Zudem brauchen wir ein besseres Baustellenmanagement und eine Investitionsoffensive für den ÖPNV.

Apropos Sackgasse: Auch bei der Schulpolitik trägt NRW in fast allen Kriterien der Bildungsrankings die Rote Laterne. Schaffen wir eine Kehrtwende?

In keinem anderen Bundesland hängt der Bildungserfolg in gleichem Maße von der sozialen Herkunft ab, wie in Nordrhein-

Westfalen. Nirgendwo wird pro Schüler und Student weniger in Bildung investiert. Der hohe Unterrichtsausfall, die mit der Brechstange eingeführte Inklusion und das Chaos um G8/G9 sorgen für anhaltenden Unmut und Frust an unseren Schulen. All dies geht zu Lasten der Bildungs- und Zukunftschancen unserer Kinder. Unser Ziel ist, dass der Fokus in der Schulpolitik wieder auf guten Unterricht gerichtet wird. Wir werden den Unterrichtsausfall zunächst erheben und dann konsequent bekämpfen. Direkt zu Beginn der neuen Legislaturperiode werden wir zudem ein Moratorium beschließen, dass keine weitere Förderschule geschlossen wird, so lange nicht die Voraussetzungen für gelingende Inklusion geschaffen wurden. Wir werden sowohl die Möglichkeit der Beibehaltung von G8 als auch für ein echtes G9 eröffnen. Unser Ziel ist, dass die Schüler in Nordrhein-Westfalen die gleichen Bildungs- und Zukunftschancen erhalten, wie die Kinder in anderen Bundesländern.

Wie ist es eigentlich zu erklären, dass ein Pannenminister à la Jäger überhaupt noch Innenpolitik gestalten darf? Kölner Silvesternacht, der Fall Anis Amri – die Liste der Verfehlungen und Ausflüchte scheint endlos.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen fühlen sich zunehmend unsicher. Die Einbruchskriminalität bleibt auf Rekordhöhe und in manchen Städten unseres Landes haben sich No-Go-Areas entwickelt. Seit dem klar ist, dass der Berlin Attentäter Anis Amri in Nordrhein-Westfalen gemeldet und die Gefahr, die von ihm ausging, bekannt war, er dennoch nicht gestoppt wurde, gilt unser Land als Sicherheitsrisiko der gesamten Republik. Die Kölner Silvesternacht war ein Totalversagen. Frau Kraft meint dennoch, Innenminister Jäger habe einen guten Job gemacht und hält weiter an ihm fest. Deshalb entscheiden die Wählerinnen und Wähler am 14. Mai auch darüber, ob Jäger nochmal 5 Jahre für die Innere Sicherheit zuständig bleibt.

Welche Konzepte setzt die CDU dagegen?

Die Verbesserung der Inneren Sicherheit werde ich zu einem Schwerpunkt der Landespolitik machen und eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Einbrechern und kriminellen Gefährdern durchsetzen. Vorbild ist Bayern. In München ist die Zahl der Einbrüche nur ein Fünftel von der in Köln. Deshalb

werden wir unsere Polizei stärken und ihre personelle und technische Ausstattung verbessern. Zudem müssen wir die rechtlichen Möglichkeiten unserer Sicherheitsbehörden erweitern, etwa durch mehr Videoüberwachung an Gefahrenschwerpunkten oder durch die Möglichkeit von verdachtsunabhängigen Personenkontrollen, vor allem im grenznahen Raum.

„Die Verbesserung der Inneren Sicherheit werde ich zu einem Schwerpunkt der Landespolitik machen.“

Im Zuge des Türkei-Referendums und den Auftritten von türkischen Politikern in EU-Ländern ist die türkische Innenpolitik zunehmend Thema in Deutschland geworden. Rot-Grün und Piraten haben ausgerechnet mitten in dieser Debatte den Versuch gestartet, auch Nicht-EU-Ausländern ein kommunales Wahlrecht zu geben. Was sagen Sie dazu?

Geradezu fassungslos macht, dass Frau Kraft auch in der aktuellen Lage am rot-grünen Plan für ein Ausländerwahlrecht festhält. Ein solches Wahlrecht würde jede Politik für Integration ad absurdum führen. Wer hier wählen will, muss auch Deutscher werden wollen, mit allen Rechten und Pflichten. Auch das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht sagen: das Wahlrecht ist an die deutsche oder die EU-Staatsbürgerschaft gebunden. Das rot-grüne Vorhaben ist damit nicht nur politisch falsch, sondern auch verfassungswidrig.

Die Welt ist in den letzten Jahren unruhiger geworden. Was zeichnet die CDU aus, den Menschen wieder ein stärkeres Gefühl von Sicherheit zu geben?

Die CDU gestaltet seit je her Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbilds und der Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, einen klaren Kompass zu haben.

Ab wann geht NRW wieder vor?

Ab dem 14. Mai 2017, wenn die CDU als stärkste Partei die nächste Landesregierung anführt und für einen Richtungswechsel im Land sorgt.

Herzlichen Dank für dieses Interview und weiterhin viel Erfolg!

Das Gespräch führte Uwe Pakendorf



Sanierungsfall NRW
 Grunderneuerung statt Pfusch am Bau

NRW geht vor!

Landtagswahlprogramm der CDU-NRW

Die Regierung hat unser Bundesland heruntergewirtschaftet. Es braucht eine Wende in allen Politikbereichen. CDUinform zeigt auf, was bei uns schief läuft und mit welchen Argumenten die CDU die Trendwende vollziehen will:

Sicherheit und Recht

Schluss mit ...

- der höchsten Kriminalitätsrate aller westdeutschen Flächenländer (1,47 Millionen Straftaten).
- 144 Wohnungseinbrüche am Tag! Mehr als in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Sachsen zusammen.
- No-Go-Areas und kriminelle Clanstrukturen in Großstädten.
- Parallelgesellschaften: Die Zahl radikaler Islamisten hat sich unter Rot-Grün versechsfacht.
- Angriffe auf Polizisten (alle 90 Minuten wird ein Polizist angegriffen).
- Misstrauenskultur gegenüber unserer Polizei. Beispiel: Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte.



Jetzt ist die Zeit für ein sicheres NRW – in der Stadt und auf dem Land.

- Mehr Polizisten einstellen. Mehr Polizei auf die Straße.
- Mehr Rechte und das richtige Handwerkzeug für unsere Polizei.
- Keine rechtsfreien Räume zulassen. Clanstrukturen und organisierte Kriminalität nachhaltig zerschlagen.
- Polizeiverwaltungskräfte zur Entlastung der Polizisten von Schreibtischarbeit.
- Schärfere Strafen für Angriffe auf Polizisten und Body-Cams.

Jetzt ist die Zeit, Wohnungseinbrüche wirksam zu bekämpfen.

- 1 Jahr Mindestfreiheitsstrafe für Wohnungseinbruchdiebstahl.
- Schleierfahndung einführen (in 13 Bundesländern erfolgreich).
- Computergestützter Kampf gegen Einbrecherbanden.

Jetzt ist die Zeit, entschieden gegen Extremismus und Terror vorzugehen.

- Null-Toleranz: Bei Festsetzung von Gefährdern alle Rechtsmöglichkeiten ausschöpfen.
- Verstärkte Überwachung gewaltbereiter Islamisten ermöglichen (Einführung der elektronischen Fußfessel für Gefährder).
- Werbung für Terrororganisationen verbieten.

Gesundheit und Pflege



Schluss mit ...

- dem Ärztemangel auf dem Land.
- der verfehlten Krankenhausfinanzierung und Krankenhausplanung.
- dem hohen Investitionsstau in den Krankenhäusern.
- der rot-grünen Blockade gegen neue Medizinische Fakultäten.

Jetzt ist die Zeit für den Kampf gegen Ärztemangel.

- Studienperspektive für den Einsatz im ländlichen Raum – auch ohne einen NC von 1,2 Medizin.
- Finanzielle Anreize für Medizin in unterversorgten Regionen.

Jetzt ist die Zeit für eine Verbesserung der medizinischen Versorgung.

- Es bleibt beim Grundsatz: „ambulant vor stationär“.
- Erhöhung der Landesmittel für Krankenhäuser.
- Mit modernen Technologien (Telemedizin) ärztliche Versorgung zu jeder Zeit an jedem Ort sicherstellen.
- Förderung von palliativer Versorgung und Einrichtung von Hospizen.

Jetzt ist die Zeit für die Sicherstellung der Pflege.

- Pflegebedürftige sollen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung hochwertige Pflege erfahren.
- Wahlrecht des Pflegebedürftigen bei bedarfsgerechten Wohnformen.
- Vereinbarkeit von Arbeit und Pflege von Angehörigen verbessern.
- Bessere Verdienstmöglichkeiten bei Pflegeberufen schaffen.

Haushalt und Finanzen



Schluss mit ...

- den bundesweit niedrigsten Investitionen in Schulen und Straßen.
- Schuldenpolitik (Schuldenstand 2016: 144 Milliarden Euro) und enormen Zinslasten (Zinsen von 2011 bis 2016: 22 Mrd. Euro).
- Schuldenmachen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen und Niedrigzinsen.
- der Kürzung von Bundesmitteln für Kommunen durch das Land.

Jetzt ist die Zeit für Schuldenabbau.

- Schuldenbremse in die Landesverfassung und Schulden als Ausnahmeinstrument, nicht als Schattenhaushalt.
- Alle Ausgaben auf Wirksamkeit und Notwendigkeit hin überprüfen.

Jetzt ist die Zeit für Wachstumsimpulse und nachhaltige Investitionen.

- Wachstumsimpulse und Einsparungen durch Bürokratieabbau: Überflüssige Gesetze und Regelungen abschaffen.
- Mehreinnahmen für Investitionen in die Infrastruktur nutzen und finanzielle Spielräume erarbeiten.

Jetzt ist die Zeit für mehr kommunale Selbstverwaltung.

- Strikte Einhaltung des Prinzips „Wer bestellt, bezahlt.“
- Bundesmittel für Kommunen ohne Umwege und Kürzung weiterleiten.
- Investitionskraft der Kommunen steigern: Kommunen wissen besser, wo das Geld vor Ort gebraucht wird.
- Gemeindefinanzierung gerecht gestalten.
- Steuererhöhungsspirale bei Grund- und Gewerbesteuer stoppen.

Wirtschaft und Arbeitsplätze



Schluss mit ...

- Nullwachstum und der roten Laterne. Auch 2016 lag das Wirtschaftswachstum unter dem Bundesdurchschnitt.
- Arbeitslosigkeit mit 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.
- Spitzenreiter aller Flächenbundesländer bei der Kinderarmut.
- immer neuen bürokratischen Hürden und überzogenen Regulierungen.
- dem weiteren Verlust von Industrie- und Gewerbeflächen: 3.800 Hektar Fläche sind Wirtschaft und Landwirtschaft seit 2010 entzogen worden.

Jetzt ist die Zeit für neue Freiräume.

- Kein „Draufsatteln“ auf Regelungen aus Berlin oder Brüssel: Für jede neue Vorschrift schaffen wir eine alte ab.
- NRW zum Spitzenreiter bei Genehmigungszeiten machen.
- Bürokratiemonster wie Hygiene-Ampel und Vergabegesetz abschaffen.
- Umgestaltung des Landesentwicklungsplans nach dem Leitprinzip: Vorfahrt für Arbeitsplätze.

Jetzt ist die Zeit für kluge Investitionen.

- Existenzgründer fördern.
- Hochschulen mehr Freiheit für die Zusammenarbeit mit Start-Ups und Wirtschaft geben.
- Schnelles Internet, auch im ländlichen Raum. Aufbau einer GigaBit-Infrastruktur, Vorreiter bei 5G-Mobilfunk.
- Kommunale Steuererhöhungsspirale stoppen. Grunderwerbsteuer senken.

Schule



Schluss mit ...

- flächendeckendem Unterrichtsausfall: Schon unsere Grundschüler haben ein halbes Jahr weniger Unterricht als in Bayern.
- der Bildungsarmut (NRW 5.900 Euro pro Jahr und Schüler, Bundesdurchschnitt 6.600 Euro, Bayern 7.300 Euro).
- dem schlechten Zustand unserer Schulen: Nur 15 Prozent gelten derzeit als baulich in Ordnung.
- nicht besetzten Rektorenstellen: 700 Schulleiter fehlen.
- Überforderung von Schülern, Lehrern und Eltern durch eine planlose und unterfinanzierte Inklusion.
- rot-grünen Planspielen zur Einführung der Einheitsschule.
- dem Qualitätsverlust an unseren Gymnasien.

Jetzt ist die Zeit für eine Unterrichtsgarantie.

- Unterrichtsausfall durch digitale und schulscharfe Erfassung bekämpfen.
- Reserven von Vertretungslehrerinnen und -lehrern schaffen.
- Lehrerinnen und Lehrer durch Verwaltungsassistenten von Bürokratie entlasten.

Jetzt ist die Zeit für mehr Qualität.

- Alle Schulen in einen guten baulichen Zustand bringen.
- Digitale Kompetenz und den Einsatz modernster Unterrichtsmittel fördern.
- An jeder Schule eine Schulleitung sicherstellen.

Jetzt ist die Zeit für mehr Wahlfreiheit und gelingende Inklusion.

- Wahlfreiheit der Gymnasien vor Ort zwischen G9 und G8-Modell.
- Eltern behinderter Kinder selbst entscheiden lassen, ob ihr Kind auf eine Förder- oder eine Regelschule geht.
- Keine Schließung weiterer Förderschulen, solange die Voraussetzungen für inklusiven Unterricht an den Regelschulen fehlen.

Ausbildung & Studium



Schluss mit ...

- der Entmündigung der Hochschulen durch zentralistische Einflussnahme auf Ziele und Schwerpunkte.
- einer Kultur des Misstrauens gegenüber Forschung und Lehre.
- der hohen Abbrecherquote an unseren Hochschulen.
- dem Schlusslicht bei den Pro-Kopf-Ausgaben je Studienplatz.
- dem desaströsen Betreuungsverhältnis (Studenten je Dozent).

Jetzt ist die Zeit für eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems.

- Berufliche Bildung durch finanzielle Unterstützung bei Ausbildung und Mobilität (Azubi-Ticket) stärken.
- Ergebnisoffene Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an Schulen.
- Bessere Förderung mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer.

Jetzt ist die Zeit für mehr Freiheit in Wissenschaft und Forschung.

- Hochschulautonomie bei Forschung und Mittelverwendung.
- Bessere Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft ermöglichen.
- Überfällige Evaluation der Hochschulgesetzgebung starten.

Jetzt ist die Zeit für eine Verbesserung der Studienbedingungen.

- Ausreichende Grundfinanzierung zur Schaffung von Studienplätzen.
- Angemessenes Studierenden-Lehrenden-Verhältnis schaffen.
- Bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie herstellen.

Familie

Schluss mit ...

- Schlusslicht bei den U-3-Betreuungsplätzen und Unterfinanzierung frühkindlicher Bildung.
- der Planungsunsicherheit für Träger von Kinderbildungseinrichtungen.
- familienschädlicher und überhöhter Grunderwerbs- und Grundsteuer.



Jetzt ist die Zeit für eine innovative Landes-Familienpolitik.

- Zeiten in Kitas und Schulen, Förderung von Betriebskindergärten an flexible Arbeitszeiten anpassen.
- Ausbau und bessere finanzielle Unterstützung von Familienzentren.
- Förderung von Wohneigentum für junge Familien durch Baukindergeld und Senkung der Grunderwerbssteuer.

Jetzt ist die Zeit für mehr Qualität für Familien.

- Sobald es Landeshaushalt oder Bundesmittel zulassen: Beitragsfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.
- Betreuungsschlüssel und Öffnungszeiten in Kitas verbessern.
- Stärkung der Kindertagesbetreuung und Unterstützung von Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen.

Verkehr und Mobilität



Schluss mit ...

- Stau- und Brückenchaos: Mit rund 390.000 Staukilometern ist NRW Stauland Nr. 1.
- Baustellen ohne Fortschritt.
- zu langen Genehmigungsverfahren bei Straßen- und Brückenbau.
- überfüllten, unpünktlichen Zügen.

Jetzt ist die Zeit für freie Fahrt.

- Aus- und Neubau von Straßen und Brücken voranbringen.
- Mehr Investitionen in den Neubau von Landesstraßen.

- Nutzung aller Bundesmittel für Fernstraßenbau durch mehr Planung.
- Staus vermeiden durch intelligentes Baustellen- und Unfallmanagement.

Jetzt ist die Zeit für moderne Mobilität.

- Förderung der Elektromobilität.
- Förderung der Forschung an Mobilitätskonzepten der Zukunft.
- Förderung von Radschnellwegen.

Jetzt ist die Zeit für mehr Züge und bessere Wasserwege.

- Ausbau der Schienen voranbringen – auch im ländlichen Raum.
- Schnelle Realisierung des Rhein-Ruhr-Express (RRX).
- Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzept baldmöglichst umsetzen.

Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Schluss mit ...

- der Bevormundung des ländlichen Raums, der Misstrauenskultur gegenüber der Landwirtschaft und der Diskriminierung von Jagd und Jägern.
- dem Sterben von Landwirtschaftsbetrieben, insbesondere in der Milchviehwirtschaft.
- dem Gegeneinander-Ausspielen von Naturschutz, Landwirtschaft und Wirtschaft.
- zusätzlichen Gebühren des Landes für Lebensmittelkontrollen bei Metzgern, Bäckern und Restaurants.

Jetzt ist Zeit für Landwirtschaft, die Zukunft hat.

- Fläche und Boden für Landwirtschaft erhalten, Eigentumsrechte sichern.

- Einsatz für die Landwirtschaft bei Bundesregierung und EU-Kommission.
- Fortbestand der Landwirtschaftskammern sichern.

Jetzt ist Zeit für ein faires Jagdgesetz und Naturschutz ohne Ideologie.

- Jagd und Fischerei fördern als gelebtes Kulturgut und Garant für Arten- und Naturschutz.
- Neues Landesjagdgesetz mit den Betroffenen erarbeiten: Naturschutz und Jagd gehören zusammen.
- Qualität statt Quantität im Naturschutz.

Jetzt ist die Zeit für verlässlichen Verbraucherschutz.

- Was drin ist, muss auch drauf stehen: klare Lebensmittelkennzeichnung!
- Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in kommunaler Verantwortung.
- Import von Erzeugnissen nur nach Erfüllung von Tierschutzstandards.
- Vorrang für sauberes Trinkwasser vor wirtschaftlichen Interessen.

Asyl und Flüchtlinge



Schluss mit ...

- der Blockade bei der Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten.
- dem integrationsschädlichen und verfassungswidrigen kommunalen Ausländerwahlrecht.
- der Zuweisung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive in Kommunen.
- einer Landespolitik, die Abschiebungen nicht konsequent durchführt.
- nicht ausreichender Erstattung der Kosten für die Kommunen.

Jetzt ist die Zeit für klare Regeln: Asyl und Einwanderung trennen.

- Wir helfen Schutzbedürftigen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.
- Wer nicht schutzbedürftig ist, muss das Land wieder verlassen.
- Menschen ohne Bleibeperspektive oder aus sicheren Herkunftsländern in Landeseinrichtungen unterbringen.

Jetzt ist die Zeit für Respekt vor unserer Kultur.

- Das Erlernen der deutschen Sprache und unserer Kultur sind Voraussetzung zur Integration.
- Konflikte und Auseinandersetzungen aus den Heimatländern auf unseren Straßen vermeiden.
- Parallelgesellschaften, Clanstrukturen und eigene Rechtsetzung entschlossen bekämpfen.

Jetzt ist die Zeit für Arbeit und Bildung als Integrationsmotor.

- Ein Pakt mit der Wirtschaft zur Integration in Ausbildung und Arbeit.
- Alle Integrationsmittel des Bundes an die Kommunen ohne Umwege und Abzug weiterleiten.

Klartext

für und mit Bergisch Gladbach und Rösrath

Wenn es um Bürgernähe geht, macht dem Abgeordneten aus dem Bergischen keiner etwas vor – Klartext war schon immer sein Motto. Müller ist nicht der klassische Politikertyp. Der Rösrather ist einer, den man ansprechen kann, und der tief verwurzelt in seiner Heimat ist.

Warum engagiert sich Holger Müller heute immer noch in der Politik? Seine Motivation war es nie, in die große Politik zu kommen. In der Kommunalpolitik hat er angefangen, sich um seine bergische und rheinländische Heimat und die Menschen vor Ort zu kümmern. Wenn unser Kreis heute in vielerlei Hinsicht so gut dasteht, dann ist dies sicherlich auch seinem jahrzehntelangen Wirken als Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion zu verdanken – dort wurden und werden viele Weichen gestellt, die uns als Standort so attraktiv gemacht haben.

Und dennoch will Holger Müller weiterhin wichtige Projekte mit Tatkraft anpacken:

Kein Thema beschäftigt die Bürger derzeit so sehr wie die Frage nach Sicherheit. Polizisten gehören auf die Straße und nicht an den Schreibtisch; Straftäter gehören mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft. Unsere Bürger dürfen sich nicht davor fürch-

ten, im Dunkeln alleine unterwegs zu sein. Deshalb fordert Müller die konsequente Videoüberwachung an allen öffentlichen Plätzen und an allen Bahnhöfen. Die Peinlichkeiten der Landesregierung, angefangen bei der Love Parade-Katastrophe über die Kölner Silvesternacht bis hin zum Fall Amri müssen dringend beendet werden.

Die Verkehrsprobleme zwischen unserer Region und der Metropole Köln, die lähmenden Staus und der Personennahverkehr sind ein Dauerthema und werden es auch zukünftig sein. Der Ausbau des 2. Gleises für die S11 und die RB25, die Optimierung des ÖPNV durch Taktverdichtungen und Schnellbusse sowie die Einrichtung von P&R-Parkplätzen liegen ihm besonders am Herzen.

Das Engagement vieler Bürger für den Breitensport und das Ehrenamt in allen unseren Vereinen sind für Holger Müller ein besonderer Antrieb – nicht nur in der Politik, sondern auch als Ehrenvorsitzender des SV



Holger Müller MdL und Wolfgang Bosbach MdB:
Denn he hält mer zesamme!

Union Rösrath, des Kreissportbundes und jetzt neu als Präsident des Rheinischen Turnerbundes (RTB). Nicht zu vergessen: Sein Herz schlägt für den 1. FC Köln.

Unser Land hat einen großen ideellen und finanziellen Beitrag geleistet, Menschen in Not aus aller Welt aufzunehmen. Aber klar ist auch: Wer kein Recht hat, hier zu bleiben, muss konsequent abgeschoben werden. Und wer hier bleiben darf, muss sich in unsere Gesellschaft einbringen, muss unsere Sprache lernen und einen Beitrag zum Zusammenleben leisten. Für Holger Müller ist klar: Wer unsere Gastfreundschaft missbraucht und Straftaten verübt, darf keine Perspektive haben, in diesem Land zu bleiben. In dieser Frage kämpft Holger Müller seit Jahren an der prominenten Seite seines langjährigen Wegbegleiters und Freundes Wolfgang Bosbach: „Ich bin froh, dass wir so viele Jahre unseren WoBo als Abgeordneten hatten. Er hat in diesen wichtigen politischen Fragen den meisten Menschen immer aus der Seele gesprochen.“

Auf die Frage, warum er sich noch einmal für die Menschen in Bergisch Gladbach und Rösrath einsetzen möchte: „Weil ich mich hier auskenne. Weil ich weiß, wo Verbesserungen nötig sind. Und weil ich einer von Ihnen bin.“

ZUR PERSON

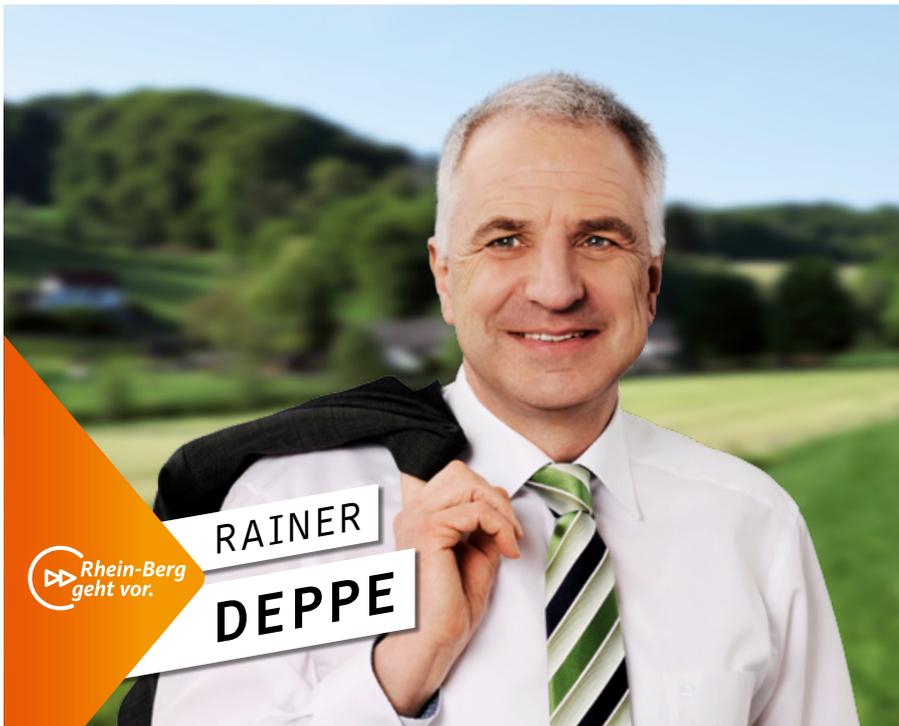
Kurzvita Holger Müller

- geboren am 23. Juli 1947 in Rösrath
- katholisch, verheiratet, ein Sohn, Jurist
- seit 2005 Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath
- sportpolitischer Sprecher und Beauftragter für Tourismus der CDU-Landtagsfraktion
- seit 2000 Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

Ehrenamtlich

- Präsident des Rheinischen Turnerbundes
- Ehrenvorsitzender des Kreissportbundes
- Kreisvorsitzender der Senioren Union





ZUR PERSON

Kurzvita Rainer Deppe

- geboren am 2. Mai 1956 in Köln
- katholisch, vier erwachsene Kinder, staatl. geprüfter Landwirt
- 2005, 2010 und 2012 jeweils direkt gewählter Landtagsabgeordneter für den Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK)
- Sprecher der CDU für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
- seit 2010 Vorsitzender des Regionalrates für den Regierungsbezirk Köln
- seit 2007 Vorsitzender der CDU RBK

Ehrenamtlich

- kath. Stiftung „Die Gute Hand“, Kürten
- Züchterzentrale Rheinisch-Bergischer Kreis
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
- NRW-Stiftung für Naturschutz, Heimat- und Landschaftspflege

Für Land und Leute

in Burscheid, Odenthal, Overath, Kürten, Leichlingen und Wermelskirchen

„Wenn es um den Rheinisch-Bergischen Kreis geht, dann kann man Rainer Deppe auch nachts aus dem Bett holen.“ Damit ist vielleicht am besten beschrieben, wie sehr unser Kandidat für den Wahlkreis, die sechs Städte und Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und die heimischen Unternehmen brennt.

Es gibt kaum einen Winkel des Kreises, den er nicht kennt, und kaum einen Verein, zu dem er keine Verbindung hat. Wochenende für Wochenende trifft man ihn bei Vereinsjubiläen, Dorffesten, Festgottesdiensten, Konzerten, Theateraufführungen, Schützenfesten oder bei der freiwilligen Feuerwehr – eigentlich überall, wo er gern gesehen ist. „Ich will, dass unsere CDU bis in alle Verästelungen in der Gesellschaft verankert ist – sozusagen die größte und erfolgreichste Bürgerinitiative im Rheinisch-Bergischen Kreis.“ Und da geht er als Kreisvorsitzender mit gutem Beispiel voran – und zwar immer. Deshalb stört es ihn auch nicht, wenn die politischen Wettbewerber kurz vor Wahl plötzlich auch einmal auftauchen. Die Leute hätten ein gutes Gespür dafür, wer im Wahlkampf schnell etwas verspreche, oder wer über Jahre ganz konsequent seine Arbeit erledige. „Nach der Wahl ist doch immer vor der nächsten Wahl.“

Ganz oben auf der politischen Tagesordnung steht für Rainer Deppe die Er-

reichbarkeit des Kreisgebietes. Dass die Entfernungen zum Arbeitsplatz zwar gleich bleiben, die Fahrtzeiten aber immer länger, kostet den Pendlern und ihren Familien jede Woche wertvolle Stunden ihres Lebens. Auch die Wirtschaft hier bei uns braucht zwingend intakte Verkehrswege und kalkulierbare Fahrtzeiten. Der tägliche Stau rund um die Leverkusener Brücke ist längst zum Sinnbild des rot-grünen Verkehrsdesasters geworden. „Wir müssen alles dafür tun, weitere Autobahnsperrungen, wie sie jetzt von Straßen.NRW für Untererschbach überlegt werden, zu verhindern. Die A 4 ist mit der A 1 die wichtigste Lebensader des Bergischen Landes. Die kann man nicht einfach absperren.“

Für den Verkehr der Zukunft, genau genommen schon der Gegenwart, brauchen wir dringend mehr Platz auf der Schiene. Für den Rheinisch-Bergischen Kreis sind die Regionalbahn RB 48, der Schnellbus von Wermelskirchen und Burscheid, die S 11, die Stadtbahnlinie 1 und die RB 25 die zentralen

Projekte. Dabei kommt dem Kreis zu Gute, dass Rainer Deppe als Vorsitzender des Regionalrates Köln nicht nur im Landtag, sondern auch im Rheinland bestens vernetzt ist. „Das hat schon so manches Mal geholfen, dass die Belange des Kreises nicht unter die Räder gekommen sind.“

Auf eine Absicherung auf der Landesliste hat Rainer Deppe bewusst verzichtet. „Ich will das Direktmandat von den Bürgern.“ Das gebe ihm ein Stück Unabhängigkeit. Man müsse sich auch mal mit der eigenen Partei anlegen können; so z.B. als er als einziger CDU-Abgeordneter gegen die vereinfachte Auflösung der Bekenntnisschulen gestimmt hat. Das Christentum gehört für Rainer Deppe, der den Altenberger Dom wegen seiner Bedeutung für die Christen beider Konfessionen gerne als geographischen und geistigen Mittelpunkt des Wahlkreises bezeichnet, zu den grundlegenden Wurzeln unseres Landes. „Auch deshalb ist es mir wichtig, als Christ in der Gesellschaft und in der Politik erkennbar zu sein.“



Aus dem Landtag – Holger Müller MdL **Kein Wahlrecht für alle!**

In der Plenarsitzung am 15. März stellte rot/grün gemeinsam mit der Piratenfraktion erneut den Antrag, unsere Landesverfassung zu ändern und ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer einzuführen, im Klartext: Wahlrecht für alle.

Die hierfür notwendige 2/3-Mehrheit scheiterte. CDU und FDP haben dagegen gestimmt. Ich halte diesen Antrag für nicht zielführend. Das Argument, er diene der Integration, ist falsch! Das Wahlrecht steht am Ende einer erfolgreichen Integration und nicht an deren Anfang. Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht in gleichen Fällen bereits entschieden, dass eine solche Änderung verfassungswidrig ist. Bezüglich des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger ist das Grundgesetz seinerzeit aufgrund

des Maastricht-Vertrags geändert worden. Aktuell haben wir für Kommunalwahlen eine Sperrklausel von 2,5 Prozent. Ob diese Bestand hat, ist aufgrund anhängiger Klagen fraglich. Bisher gab es keine Sperrklausel. Deshalb sind auch kleinste Gruppen und Einzelbewerber in viele Kommunalparlamente eingezogen.

Gerade in den letzten Wochen haben wir dramatisch erlebt, wie innertürkische Konflikte in unserem Land ausgetragen wurden. Wollen wir, dass ausländische Konflikte demnächst auch Thema in unseren Kommunalparlamenten sind? Ich will das jedenfalls nicht! Bei den letzten türkischen Parlamentswahlen hat die AKP in Deutschland 60% der abgegebenen Stimmen geholt (prozentual deutlich mehr als in der Türkei). Hier wird mal wieder die rot/grüne

Hier die aktuelle Gesetzeslage für Kommunalwahlen:

Aktiv wahlberechtigt ist jeder Deutsche oder EU-Bürger, der das 16. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens 16 Tagen seinen (Haupt-)Wohnsitz in der Gemeinde hat. Passiv wahlberechtigt, also wählbar, ist jeder Wahlberechtigte, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten seinen (Haupt-) Wohnsitz in der Gemeinde hat. Weitere Fristen gibt es nicht.

Realitätsverweigerung erkennbar! Für Ausländer, die lange in Deutschland wohnen ist es ziemlich einfach, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Wenn dies nicht gewünscht ist, dann sollte man es nicht auch noch mit dem Wahlrecht belohnen. [hm]



Holger Müller MdL
seit 2005 Landtagsabgeordneter
für Bergisch Gladbach und Rösrath

Landtagsbüro
Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf
T 0211 884-2263 | F 0211 884-3368
holger.mueller@landtag.nrw.de
www.klartextmueller.de | [f /klartextmueller](https://www.facebook.com/klartextmueller)



Aus dem Landtag – Rainer Deppe MdL **Wolfgang Bosbach soll NRW-Regierungskommission zur Inneren Sicherheit leiten**

Wolfgang Bosbach soll im Auftrag von CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet die Sicherheitsarchitektur in NRW auf den Prüfstand stellen und dafür eine eigene Kommission bekommen.

Nach der Landtagswahl im Mai soll diese Kommission unter seinem Vorsitz Empfehlungen etwa zu Terrorbekämpfung, Eindämmung von Salafismus oder organisierter Kriminalität erarbeiten. Bosbach betont, seine Kommission werde dauerhaft arbeiten und sei thematisch breit aufgestellt. Es gehe um Prävention, Ausstattung der Sicherheitsbehörden und Rechtsfragen.

Die CDU-Landtagsabgeordneten Rainer Deppe und Holger Müller freuen sich über das zusätzliche Engagement Bosbachs, welches er zunächst bis September parallel zu seiner Abgeordnetentätigkeit im Deutschen Bundestag und darüber hinaus

leisten will. Deppe: „Als Kreisvorsitzender freue mich, dass Wolfgang Bosbach jetzt noch mehr in unseren Wahlkampf einsteigen wird, als wir es von ihm ohnehin gewohnt sind. Das kann uns nur zusätzlichen Rückenwind geben.“ Holger Müller: „Über diese Entscheidung bin ich restlos begeistert! Viele unserer Bürger sind verunsichert über die Alltagskriminalität in Nordrhein-Westfalen und die schlechtesten Aufklärungsquoten in ganz Deutschland. Es ist die richtige Entscheidung von Armin Laschet, den profiliertesten Innenpolitiker Deutschlands für seine Mannschaft gewonnen zu haben.“

Wolfgang Bosbach: „Es ist mir Ehre und Freude zugleich, diese Aufgabe für mein Heimatland zu übernehmen. Als Bürger dieses Landes, als Familienvater und als politisch denkender Mensch will ich mich nicht damit abfinden, dass andere Länder



erfolgreicher dabei sind, Kriminalität vorzubeugen, Verbrechen aufzuklären und Täter rechtskräftig zu verurteilen. Gemeinsam mit Armin Laschet werde ich in den kommenden Wochen dafür werben, dass wir dafür den Auftrag der Wählerinnen und Wähler bekommen. Er ist der richtige Ministerpräsident für unser stolzes Nordrhein-Westfalen. Unser Land hat mehr verdient als die katastrophale Bilanz nach sieben Jahren Rot-Grün.“ [rd]



Rainer Deppe MdL
seit 2005 Landtagsabgeordneter für
Burscheid, Odenthal, Overath, Kürten,
Leichlingen und Wermelskirchen

Landtagsbüro
Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf
T 0211 884-2340 | F 0211 884-3227
rainer@deppe-direkt.de | www.deppe-direkt.de
[f /rainer.deppe.mdl](https://www.facebook.com/rainer.deppe.mdl) [@rainer.deppe.mdl](https://twitter.com/rainer.deppe.mdl)



Aus dem Europaparlament – Herbert Reul MdEP Brexit Position steht fest!

Die britische Regierung hat am 29. März offiziell seinen Austritt aus der Europäischen Union beantragt. Damit ist der Startschuss für die Verhandlungsphase mit der Europäischen Union von britischer Seite gefallen. Innerhalb der nächsten zwei Jahre sollen die Austrittsmodalitäten verhandelt sein.

Im EU-Parlament haben wir uns Anfang des Monats mit breiter Mehrheit auf eine gemeinsame Position für die Verhandlungen mit Großbritannien über einen EU-Austritt geeinigt. Damit sprach sich das Parlament, das einem Brexit-Abkommen zustimmen muss, gegen finanzielle Zugeständnisse an London aus. Außerdem wollen wir unbedingt vermeiden: ein Rosinenpicken der Briten, ein Abkommen zu Lasten der Bürger sowie neue Konflikte um Gibraltar und an der nordirischen Grenze. Ende des Monats werden dann die EU-Staats- und Regierungschefs auf einem Brexit-Sondergipfel ihre Verhandlungsleitlinien beschließen.

Der Austritt aus der EU ist das Eine. Schwieriger ist die Frage, wie die zukünftigen Beziehungen geregelt sein sollen. Wenn die britische Regierung nicht nur aus der EU, sondern auch aus dem Binnenmarkt und der Zollunion austreten will, wird es sehr schwierig – vor allem für die Briten. Wenn ein einheitlicher regulatorischer Rahmen des Binnenmarktes fehlt, bedeutet das Konformitätskontrollen und -bescheinigungen, auch die Kontrollen von Gesundheitsstandards usw.. Der gemeinsame

große Wirtschaftsraum kennt keinen Zoll und keine Kontrollen an den Grenzen. Die übriggebliebenen 27 EU-Staaten behalten diese Vorzüge eines gemeinsamen Marktes, nicht nur untereinander, sondern auch durch Freihandelsabkommen mit über 60 Drittländern. Großbritannien müsste sein ganzes regulatorisches Gebäude neu konstruieren.

Der Brexit ist ärgerlich und ein großer Fehler. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass man jetzt vernünftig mit der Situation umgehen muss und keinen Rosenkrieg entstehen lassen sollte. Eine Scheidung kann auch fair über die Bühne gehen. Ich bin mir sicher, dass Michel Barnier, Chef-Unterhändler der Europäischen Union, fair und transparent verhandeln wird. Es macht auch keinen Sinn, nur über die schwierige Lage zu lamentieren. In dem Austritt liegt auch eine Chance für die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten. Es gibt eine Chance, wieder enger zusammenzustehen, sich stärker aufeinander zu verlassen und sich mehr zuzutrauen. Wir müssen uns entscheiden, ob wir Europa weiterhin wollen und welchen Weg wir gehen wollen. Wenn die Mitgliedsstaaten ihren Egoismus aufgeben und stärker gemeinsam und verantwortungsvoll handeln, werden wir auch die Zustimmung der Bürger wieder gewinnen. Es gab zum Thema Europa lange Zeit eine schweigende Gesellschaft. Es kommt nicht von ungefähr, dass diese Menschen gerade jetzt jedes Wochenende ihre Stimme auf den Straßen

für Europa erheben und für Europa einstehen. Nun müssen wir Politiker beweisen, dass dieses Vertrauen in Europa nicht umsonst ist. Wir müssen zeigen, dass wir in der Lage sind, Probleme zu lösen. Frieden, Beschäftigung und Wohlstand sind Dinge, die die Menschen bewegen.

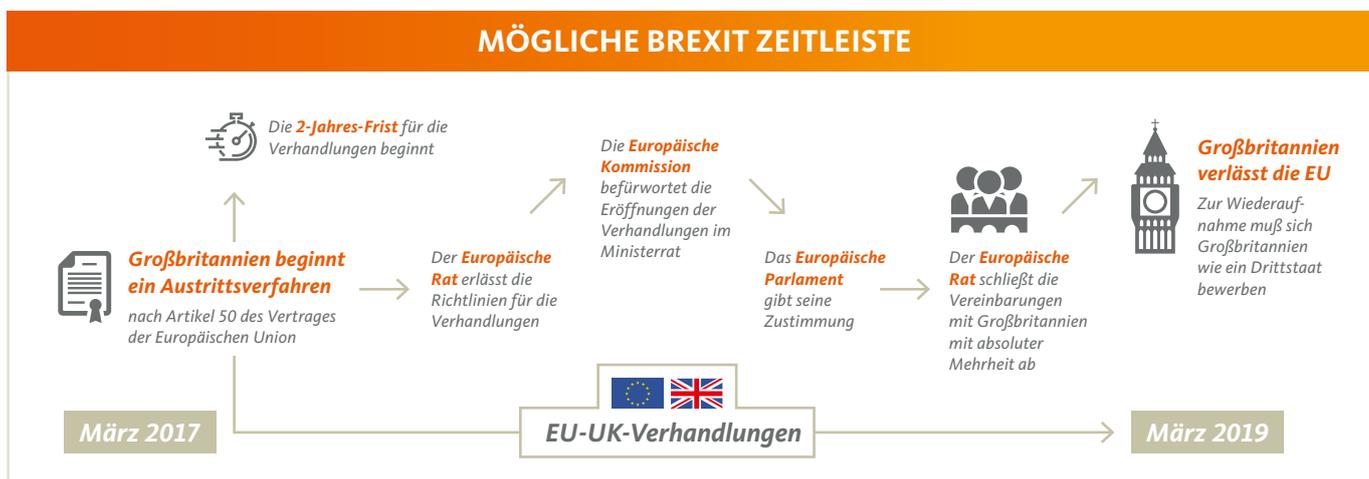
Dafür braucht es aber nicht nur Erfolge bei der Krisenbekämpfung, sondern auch einen Aufbruch, mehr Initiativen für Wachstum und Wohlstand in Europa. Vielleicht gibt es gerade jetzt auch eine Chance für mein Projekt: Weniger Regulierung, weniger Belastungen für die Wirtschaft, mehr Innovationen und Unternehmensförderung. Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas bekämpft man nämlich nicht mit neuen Programmen, Umverteilung und zusätzlichem Geld. Was wir brauchen sind Freiräume, Unterstützung von privatem Engagement und Investitionen in Forschung und Innovationen. Vielleicht ist der Brexit die Chance für einen europäischen Neuanfang. Deshalb lohnt sich jeder Einsatz, aber auch Streit, um den richtigen Weg. Wir können das schaffen! [hr]



Herbert Reul MdEP
seit 2012 Vorsitzender
der CDU/CSU-Gruppe im
Europäischen Parlament

Europa-Büro
Am Stadion 18-24 | 51465 Bergisch Gladbach
T 02202 93695-55 | F 02202 93695-61
h.reul@herbert-reul.de
www.herbert-reul.de | [f /HerbertReulinEuropa](https://www.facebook.com/HerbertReulinEuropa)

MÖGLICHE BREXIT ZEITLEISTE





ÖPNV im Rheinisch-Bergischen Kreis

Verbesserungen der Struktur und Qualität

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben in der März-Sitzung des Kreistages einen erneuten Meilenstein bei der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes für den Rheinisch-Bergischen Kreis beschlossen.

Ziel des Mobilitätskonzeptes ist es, den bestehenden öffentlichen Personennahverkehr leistungsfähiger zu gestalten. Der ländliche Raum soll dadurch in seinen Entwicklungsmöglichkeiten gestärkt und besser an das Verkehrsnetz der Ballungszentren mit einer leistungsfähigen verkehrlichen Infrastruktur angeschlossen werden.

Im engen Austausch mit den rechtsrheinischen Nachbarn und dabei insbesondere mit Köln wurde im Herbst des vergangenen Jahres ein Antrag im Kreistag verabschiedet, der kurz-, mittel- und langfristige

Maßnahmen beschreibt, die zu einer Optimierung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) beitragen sollen, aufsetzend auf dem Schwerpunkt der Pendlerverkehre.

In der Märzsession des Kreistags wurde ein Beschluss aus dem Paket der kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen erstmalig verabschiedet. Flexiblere Arbeitszeiten, längere Öffnungszeiten im Handel und ausgedehntere Schulzeiten sind die Rahmenbedingungen, unter denen einheitliche Haupt- und Nebenverkehrszeiten sowie eine höhere Taktichte eingeführt und die Anschlüsse an Schienenpersonennahverkehr (SPNV) optimiert werden sollen. Dabei sollen die bestehenden Linienwege nicht verändert werden, sondern Taktlücken in Randzeiten und an Sonn- und Feiertagen geschlossen werden.

Im nun anstehenden weiteren Verlauf des Prozesses sollen die acht Kommunen des Kreises intensiv eingebunden werden und Hinweise zur Optimierung aus den Städten und Gemeinden sollen möglichst Berücksichtigung finden.

Die finale Entscheidung über den Umfang der umzusetzenden Leistungen und Maßnahmen wird nach weiteren Beratungen im Mai / Juni abschließend im Herbst 2017 gefasst, so dass die Umsetzung rechtzeitig zum turnusmäßigen Fahrplanwechsel im Dezember 2017 stattfinden kann. [cs]



Christopher Schiefer

Kreistagsabgeordneter für
Leichlingen und Sprecher im
Ausschuss für Verkehr und Bauen

Berufskolleg Wermelskirchen

Zukunft langfristig gesichert durch historische Entscheidung

Erstmals in seiner Geschichte wird der Rheinisch-Bergische Kreis Schulträger eines Berufskollegs; wenn auch nur Schulträger „light“.

Nach langwierigen Verhandlungen beschloss der Kreistag in seiner Sitzung am 29.09.2016 in die Trägerschaft des Berufskollegs Wermelskirchen einzusteigen. Bislang ist der Rheinisch-Bergische Kreis der einzige Kreis in NRW, der nicht Träger öffentlicher Berufskollegs ist. Zweckverbände, also Zusammenschlüsse einzelner Kommunen, sind bei uns traditionell Träger der Berufsschulen.

Ab dem 01.02.2017 wird der 1943 gegründete Zweckverband zwischen Wermelskirchen, Hückeswagen und Radevormwald aufgelöst. Das Berufskolleg in Wermelskir-

chen wird ab dann als Teilstandort des BKs Wipperfürth weitergeführt. Durch diese Lösung wird nachhaltig der Erhalt des Standortes Wermelskirchen gesichert. Darüber hinaus wird ebenfalls sichergestellt, dass es auch zukünftig ein bedarfsgerechtes und attraktives Bildungsangebot im Norden des Rheinisch-Bergischen Kreises geben wird.

In Wermelskirchen können Schüler im Bereich Gesundheit und Soziales als Erzieher ausgebildet werden. Oder sie besuchen dort die Berufsschule im Rahmen ihrer betrieblichen Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker. Nur zwei Beispiele aus dem großen Portfolio des Kollegs in Wermelskirchen. Eine ganz besondere Einrichtung ist die Fachklasse zur Ausbildung zum Bestatter. Diese gibt es deutschlandweit lediglich drei Mal.

Mit der getroffenen Vereinbarung ist ein zukunftssicheres Angebot für berufliche Bildung im Norden des RBK sichergestellt. Das Vorhandensein ortsnaher Berufskollegs ist nicht nur ein wesentlicher Faktor für die Ausbildungssituation ortsansässiger Betriebe und Unternehmen, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für ein attraktives, regional erreichbares Bildungsangebot insgesamt. Daher ist das jetzt Erreichte ein riesiger Erfolg für alle Beteiligten. [ts]



Thorsten Schmalz

Kreistagsabgeordneter für
Wermelskirchen und Vorsitzender
des Ausschusses für Schule, Sport
und Kultur

Erfolgreicher Landesparteitag in Münster

Bester Kreisverband bei der Mitgliederwerbung

Mit neun motivierten Delegierten war unser Kreisverband beim diesjährigen Landesparteitag in Münster vertreten. Neben begeisterten Reden der Parteivorsitzenden Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Armin Laschet wurde das Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 14. Mai einstimmig beschlossen. Eine besondere Ehre wurde

Rainer Deppe zuteil. Als Vorsitzender unseres Kreisverbandes konnte er die Ehrung für den erfolgreichsten NRW-Kreisverband bei der Mitgliederwerbung stellvertretend für uns alle von Generalsekretär Bodo Löttgen in Empfang nehmen. Alles in allem war der Parteitag ein großer Motivationsschub für die Wahlkämpfe im Jahr 2017. [tf]



Junge Union

Diego Faßnacht beim Deutschlandrat in Oldenburg

Im März 2017 nahm JU Kreisvorsitzender Diego Faßnacht an der Sitzung des Deutschlandrates der Jungen Union in Oldenburg teil. Der Deutschlandrat beschloss den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion zu fordern. Die Delegierten verabschiedeten ihr Papier „Internationale Sicherheitspolitik für das Europa der nächsten Generation“. Als Diskussionspartner zu diesem Thema war Bundesverteidigungsministerin Dr. von der Leyen anwesend.

Außerdem diskutierte die Junge Union mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Volkspartei David McAllister über die Folgen des Brexit für die Entwicklung der Europäischen Union. Er gab einen spannenden Einblick in die internen Diskussionen und stellte abschließend fest: „Bis zum März 2019 muss der Brexit über die Bühne gegangen sein.“ Dies begründete er mit der

Wahl des Europäischen Parlamentes im Mai 2019. Den Besuch des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Michael Grosse-Brömer, nutzte JU Deutschlandrat Diego Faßnacht, um die Verdopplung der Pendlerpauschale (Gewährung für den Hin- und Rückweg) vorzuschlagen. Damit solle eine finanzielle Entlastung der hart arbeitenden Bevölkerung erreicht werden, sowie Druck vom großstädtischen Wohnungsmarkt genommen werden. Eine Stärkung der ländlicheren Kommunen würde damit auch erreicht werden. Einige Wochen später verabschiedete die JU Bergisches Land den Antrag „Pendlerpauschale verdoppeln – gut für Stadt und Land“. [df]



NEUE VORSTÄNDE



CDU Kürten

Auf der Mitgliederversammlung am 9. März wurde ein neuer Vorstand gewählt:

- Sebastian Wurth (Vorsitzender)
- Birgit Schmitz und Dirk Irlenbusch (stellv. Vorsitzende/r)
- Werner Selbach (Schatzmeister)
- Jürgen Lücker (Schriftführer)
- Viola Rossol-Pfau, Henrik Hamm, Daniel Buchholz (Beisitzer)



Frauen Union der CDU Rhein-Berg

Auf der Jahreshauptversammlung am 24. März wurde ein neuer Vorstand gewählt:

- Linda Stillger (Kreisvorsitzende)
- Therese Rehn und Maria Schleenstein (stellv. Vorsitzende)
- Birgit Fort (Schriftführerin)
- Elke Tannert, Vera Rilke-Haerst, Gabi Stillger, Sema Prinzessin zu Sayn-Wittgenstein und Nina Ganzer-Hensel (Beisitzerinnen)



CDA Rhein-Berg

Auf der Mitgliederversammlung am 11. April wurde ein neuer Vorstand gewählt:

- Mario Tischhäuser (Vorsitzender)
- Stefan Leßenich, Hans-Jörg Kickuth, Hubert Menk (stellv. Vorsitzende)
- Karl-Heinz Wilke (Schriftführer)
- Manfred Groß, Peter Janssen, Guido Krüger, Jürgen Lücker, Michael Schulte (Beisitzer)

Die Senioren Union der CDU Wermelskirchen bei Dirostahl in Remscheid-Lüttringhausen. Was einst mit drei Arbeitern angefangen hat, ist heute zu einem modernen Betrieb im Bereich Freiformschmieden und Ringwalzen mit ca. 490 Mitarbeitern gewachsen.



CDA zu Gast bei DELLMANN'S Bräu im Wermelskirchener Industriegebiet. Die 20 Teilnehmer erfuhren aus erster Hand von den Brauern, wie in Wermelskirchen Bier gebraut wird.



Am 12. April war Holger Müller zu Gast beim CDU-Ortsverband Gronau/Heidkamp. Zwei Stunden diskutierte er mit vielen interessierten Bürgern über das Thema „Innere Sicherheit“.



Mittwochstreff der Senioren Union Bergisch Gladbach am 15. Februar: Diesmal hielt Professor Dr. Ingo Froböse – Universitätsprofessor an der Sporthochschule Köln – einen interessanten Vortrag zum Thema „Hurra, wir werden älter“.



Der Ehrenvorsitzende der Senioren Union der CDU des Rheinisch-Bergischen Kreises, Rudolf Preuß, ist für seine Verdienste um die Senioren Union mit einer seltenen Ehre, der Konrad-Adenauer-Medaille, ausgezeichnet worden.



Schön wäre es, wenn auf einen Bierdeckel passen würde, welche Fördermittel es gibt und wie sie vergeben werden. Leider sieht die Realität anders aus: Sie sind reichlich vorhanden, die Töpfe sind voll, aber durch den Richtlinien-Dschungel blickt man kaum ohne fachkundige Hilfe durch. Die MIT Rhein-Berg beschäftigte sich mit Förderbereichen und Förderarten für Unternehmen und hatte mit Ulrich Brinkmann einen beeindruckenden Referenten gefunden.



Grillen für einen guten Zweck: Die CDU Rösrath konnte auf dem Frühlingsfest der Stadt Rösrath am 02. April 2017 insgesamt 500 Euro für die Erneuerung der Rotbuche am Sülztalplatz mit dem traditionellen Würstchenverkauf einnehmen.

Die CDU Leichlingen stellt vor:

Positionspapier „Digitales Leichlingen“

Der Breitbandausbau läuft in vielen Städten auf Hochtouren. In Leichlingen befindet er sich in der letzten Umsetzungsphase und soll im Frühjahr 2017 abgeschlossen sein. Daher stellte sich der Stadtverband die Frage: „Breitbandausbau – und dann?“ So entwickelten Vorstand und Fraktion gemeinsam ein eigenes Positionspapier „Digitales Leichlingen“.

Im Rahmen der digitalen Bildung sollen Kompetenz in Informatik und Medien vermittelt werden. Dabei sind die Schulen ein wichtiger Partner. Das Bundesbildungsministerium plant im Rahmen des „DigitalPakt“ in Absprache mit den Ländern fünf Milliarden Euro bis 2021 in die digitale Bildung zu investieren, das Land NRW stellt im Rahmen des Förderpakets „Schule 2020“ zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Neben der Breitbandversorgung und WLAN-Ausleuchtung bedarf es auch einer entsprechenden Hardware. Mini-Computer wie der Calliope mini oder der RaspberryPi stellen bereits heute kostengünstige Möglichkeiten dar, die Bildungsträger mit Hardware – im Ideal ein Gerät für jeden Schüler – zu versorgen.

Digitale Prozesse sollen verstärkt im Rathaus verfolgt werden, um das Serviceangebot effektiver und effizienter abzubilden. Home-Office-Konzepte können die

Attraktivität der Verwaltung als Arbeitgeber steigern, Streaming-Dienste bei Ratsitzungen für weitere Transparenz sorgen. Digitale Sprechstunden ermöglichen krankheits- oder altersbedingt weniger mobilen Bürgerinnen und Bürgern eine stärkere Erreichbarkeit und Nähe der Verwaltung.

Die Digitalisierung ist insbesondere auch für in Leichlingen stark vertretenden Branchen Einzelhandel, Landwirtschaft und das Gesundheitswesen von erheblicher Bedeutung. Das sog. Smart-Farming ermöglicht es bereits heute komplette Höfe digital zu bewirtschaften. Von der Überwachung bis hin zur digitalgesteuerten Versorgung der Äcker und Tiere gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten, die einen Wettbewerbsvorteil im umkämpften Markt bedeuten. E-Health ermöglicht es mit Einsatz digitaler Technologien die Gesundheitsversorgung durch Vernetzung von Ärzten und Kliniken weiter zu optimieren. Videoberatungen und neue technische Geräte können das bisherige Angebot ebenso verbessern.

Das Thema Digitalisierung hat die CDU Leichlingen auch bei ihrem ersten politischen Aschermittwoch aufgegriffen. Als Referent konnten sie mit Thomas Jarzombek MdB, den Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Digitale Agenda, gewinnen. [mw]

KURZ GESAGT

Hexentour durch Köln

Am 11. Februar 2017 machten die Mitglieder der Frauen Union und des EAK der CDU des Rheinisch-Bergischen Kreises die Tour „Kölner Hexen, Teufelsfluch und Hexentanz“ – eine Führung zu Aberglaube, Hexerei und Zauberei im alten Köln. Sachkundige Gästeführer zeigten die Tanzplätze der Hexen und Teufel und erzählten, was an Vollmondnächten auf Kölner Friedhöfen und Hinrichtungsstätten geschah. Die Nachfrage war so groß, dass eine zweite Führung hinzugebucht wurde und eine weitere für den 6. Mai 2017 geplant ist. [bf]

Kinderehe: Mädchen gehören in die Schule und nicht ins Ehebett

Aufgrund der Einreise zahlreicher Flüchtlinge schätzen die Behörden mittlerweile eine vierstellige Anzahl an Kinderehen. Hier stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit dieser Eheschließung bei der Einreise in Deutschland und wie wir mit ausländischen Kinderehen umgehen. Bei einer Veranstaltung der EAK und der Frauen Union des RBK am 2. März 2017, referierte Frau Pantel (MdB, Mitglied des Bundes-, Landes- und Kreisvorstandes der Frauen Union) über dieses Thema. [bf]

ANZEIGE

Sehr geehrte Leser der CDU Inform,

wir sind eine überregional tätige Sozietät von 6 Berufsträgern (Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer). Seit unserer Gründung im Jahre 1945 betreuen wir einen vielschichtigen Mandantenstamm aus Handwerkern, Kaufleuten, Freiberuflern sowie größeren mittelständischen Personen- und Kapitalgesellschaften.

Dabei stehen wir unseren Mandanten neben den regelmäßigen Dienstleistungen, wie Finanz-, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung, den jährlich zu erstellenden Steuererklärungen und Jahresabschlüssen sowie der gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsberatung auch bei wichtigen Entscheidungen oder besonderen Beratungsanlässen mit unserem umfassenden Fachwissen zur Verfügung.

Wir würden uns freuen, wenn wir auch Ihnen bei entsprechenden Beratungsanlässen oder für die regelmäßige Bearbeitung auf den oben genannten Gebieten behilflich sein könnten.

Behnke Königsmann

Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte

Bürgermeister-Schmidt-Straße 5 · 51399 Burscheid

Tel.: 02174 / 766-0 · Fax: 02174 / 766-115

office@behnke-koenigsmann.de

www.behnke-koenigsmann.de

CDU-Termine

Alle Termine, die Sie hier finden, sind für alle Mitglieder der CDU und ihrer Vereinigungen offen. Bei Fragen, wenden Sie sich einfach an die angegebenen Ansprechpartner.

April 2017

- 26.04.2017** **Senioren Union Burscheid**
Mittwoch
08:45 Uhr
Fahrt nach Bonn: Haus der Geschichte und Stadtrundfahrt
Ort: Busbahnhof Burscheid | **Kostenbeitrag:** ca 30,- €
Kontakt: Heinz Wilgenbusch, T 02174 786217
- 26.04.2017** **CDU Rheinisch-Bergischer Kreis**
Mittwoch
19:00 Uhr
Kreismitgliederversammlung zur Aufstellung eines/einer Landratskandidaten/Landratskandidatin
Ort: Kattwinkelsche Fabrik, Kattwinkelstr. 3, Wermelskirchen
Kontakt: CDU-Center, T 02202 936950, kgs@cdurbk.de
- 27.04.2017** **CDU Burscheid**
Donnerstag
19:00 Uhr
Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Rainer Deppe MdL
Ort: Restaurant Korfu, Höhestr. 43, Burscheid
Kontakt: Erika Gewehr, T 02174-5545
- 27.04.2017** **CDU Ortsverband Herkenrath**
Donnerstag
19:00 Uhr
Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstands
Ort: Bergische Kaffeestube, Ball 4, Bergisch Gladbach
Kontakt: Wolfgang Kaiser, T 02204 968314
- 28.04.2017** **CDU Ortsverband Refrath**
Freitag
19:00 Uhr
„Kein Wahlrecht für alle!“ – Veranstaltung mit Holger Müller MdL
Ort: Tennisclub SV Refrath bei Erick, Heuweg 7, Bergisch Gladbach
Kontakt: Robert Martin Kraus, T 02204 507191

Mai 2017

- 03.05.2017** **CDU Ortsverband Dhünn**
Mittwoch
19:00 Uhr
Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen
Ort: Gaststätte Jägerhof, Wermelskirchen-Dhünn
Kontakt: Volker Schmitz, T 02196 89050
- 04.05.2017** **Arbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen und CDU Rheinisch-Bergischer Kreis**
Donnerstag
19:00 Uhr
Veranstaltung zum Thema „Terrorgefahr in Deutschland“ mit Thomas Haldenwang
Ort: Martin-Luther-Haus, Uferweg 1, Odenthal
Kontakt: CDU Center, T 02202-93695 0
- 05.05.2017** **CDU Rheinisch-Bergischer Kreis**
Freitag
18:00 Uhr
67. Kreisparteitag mit Vorstandswahlen und Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Ort: Aula des Schulzentrums Cyriax, Overath
Kontakt: CDU-Center, T 02202 936950, kgs@cdurbk.de
- 06.05.2017** **CDU Kürten**
Samstag
11:45 Uhr
Frühjahrswanderung
Ort: Haus Weidmannsheil, Wipperfürther Str. 191, Kürten
Kontakt: Sebastian Wurth, T 02207 96660
- 08.05.2017** **CDU Rheinisch-Bergischer Kreis**
Montag
20:00 Uhr
Manfred Weber kommt!
Ort: Schloss Eicherhof, Am Hammer, Leichlingen
Kontakt: CDU-Center, T 02202 936950, kgs@cdurbk.de
- 10.05.2017** **Senioren Union Rösrath**
Mittwoch
13:00 Uhr
Fahrt zum Hänneschentheater Köln
Ort: wird noch bekannt gegeben
Kontakt: Paul Kraus, T 02205-6118
- 17.05.2017** **Senioren Union Bergisch Gladbach**
Mittwoch
15:00 Uhr
Mittwochstreff: Manfred Habrunner – der neue BELKAW-Manager – stellt sich vor
Ort: Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, Berg. Gladbach
Kontakt: Manfred Klein, T 0151 20773572

3 Möglichkeiten

mit Rot-Grün

Schluss zu machen.



Ab 21. April
Wahlwochen in NRW

www.wahlwochen.nrw
Service-Nummer 0800-14052017

 **Direkt im Wahlamt** (Briefwahlstelle) bis zum 12. Mai CDU wählen. Personalausweis erforderlich.

 **Per Briefwahl** CDU wählen. Wahlbenachrichtigungskarte anfordern, und ausgefüllte Wahlunterlagen rechtzeitig zurückschicken. Sie müssen bis zum 14. Mai eingegangen sein.

 **In ihrem Wahllokal** wie gewohnt wählen. Am 14. Mai von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

- 17.05.2017**
Mittwoch
17:00 Uhr
Senioren Union Burscheid
Stadtgespräch zum Thema
„Schmerzende Gelenke, Arthrose. Rheuma“
Ort: Gaststätte Tennishalle Hilgen, Erlenweg 4, Burscheid
Kontakt: Heinz Wilgenbusch, T 02174 786217
- 17.05.2017**
Mittwoch
16:15 Uhr
Senioren Union Bergisch Gladbach
Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen
Ort: Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2, Bergisch Gladbach
Kontakt: Manfred Klein, 0151 20773572
- 18.05.2017**
Donnerstag
08:45 Uhr
Senioren Union Overath
123. Exkursion nach Kamp-Lintfort
Ort: Bahnhof Overath | **Kostenbeitrag:** 30 Euro p. P.
Kontakt: Hans Gerd Wunderlich, T 02206 4973
- 18.05.2017**
Donnerstag
19:00 Uhr
CDA Wermelskirchen
Besuch der neuen Polizeiwache
Ort: Großbrucher Str. 7, Burscheid-Hilgen
Kontakt: Stefan Leßenich, T 02196-800418
- 24.05.2017**
Mittwoch
08:00 Uhr
Senioren Union Rösrath
Fahrt nach Aachen: Führung im Dom zu Aachen und Besichtigung Printenbäckerei
Ort: wird noch bekannt gegeben
Kontakt: Paul Kraus, T 02205-6118

Juni 2017

- 07.06.2017**
Mittwoch
15:00 Uhr
Senioren Union Rösrath
Das politische Gespräch
Ort: wird noch bekannt gegeben
Kontakt: Paul Kraus, T 02205-6118
- 14.06.2017**
und
Senioren Union Rösrath
Führung in den Nobeo-Studios in Hürth
Ort: wird noch bekannt gegeben
Kontakt: Paul Kraus, T 02205-6118
- 21.06.2017**
Mittwoch
17:00 Uhr
SENIOREN-UNION Rösrath live im Fernsehen:
Teilnahme als Zuschauer an der Produktion der Sendung stern TV, Sendezeit: 22:15 – 0:00 Uhr, max. 25 Teilnehmer
- 18.06.2017**
Sonntag
nachmittags
CDU Gronau/Heidkamp
Auf einen Kaffee mit WoBo
Ort: Kreishaus (großer Saal), Am Rübezahlwald 7, Bergisch Gladbach
Kontakt: Claudia Casper, T 0177 7893662
- 21.06.2017**
Mittwoch
17:00 Uhr
Senioren Union Burscheid
Stadtgespräch zum Thema
„Die Balkantrasse, Entstehung und Geschichte“
Ort: Hotel Schützenburg, Hauptstraße 116, Burscheid
Kontakt: Heinz Wilgenbusch, T 02174 786217
- 22.06.2017**
Donnerstag
10:30 Uhr
Senioren Union Overath
161. Frühschoppen zum Thema „Buntes Overath – Vereine aus Overath stellen sich vor“
Ort: Bürgerhaus, Overath
Kontakt: Hans Gerd Wunderlich, T 02206 4973



Jetzt bei uns

Der neue Ford Kuga.

FORD KUGA TREND

Audiosystem CD inkl. LCD-Multifunktionsdisplay, Ford Power-Startfunktion, Klimaanlage, manuell, Nebelscheinwerfer

Bei uns für

€ **18.990,-¹**

Abbildung zeigt Wunschausstattung gegen Mehrpreis.



Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach VO (EG) 715/2007 und VO (EG) 692/2008 in der jeweils geltenden Fassung): Ford Kuga: 7,8 (innerorts), 5,3 (außerorts), 6,2 (kombiniert); CO₂-Emissionen: 143 g/km (kombiniert).

BERGLAND GRUPPE

Autohaus Bergland GmbH - Alte Papiermühle 4 - 51688 WIPPERFÜRTH
Telefon (02267) 8820-0 - info@bergland-gruppe.de

Autohaus Bergland GmbH | AHG Autohaus GmbH | Autohaus Wiluda GmbH | Autohaus Bergland GmbH
REMSCHIED | GEVELSBERG | RADEVORMWALD | HENNEF (SIEG)

WWW.BERGLAND-GRUPPE.DE

¹Gilt für Privatkunden. Gilt für einen Ford Kuga Trend 1,5-l-EcoBoost-Benzinmotor 88 kW (120 PS) (Start-Stopp-System) (Frontantrieb).

